



Die ZillertalBahn legte im Vorjahr insgesamt 625.564 Kilometer im Personenverkehr zurück. 900.000 Liter Diesel wurden verbraucht. Foto: Falk

2,5 Mio. € für Wasserstoff ausgegeben

Aufsichtsratschef der ZillertalBahn Franz Hörl rechnet nicht damit, dass die Umrüstung auf einen Akku-Betrieb vor 2030 möglich ist.

Innsbruck, Jenbach – Die schwarz-rote Landesregierung will bis Jahresende entscheiden, ob sie im Zillertal eine reine Batterievariante oder einen Akku-Hybrid-Zug mit teilweiser Oberleitung umsetzen möchte. Favorisiert wird allerdings das Akku-Hybrid-Konzept. Die Ausgestaltung der Versorgungs- und

die ZillertalBahn vor 2030 glaubt Hörl nicht. Zwischenzeitlich müssen in die Instandhaltung des Dieselbetriebs rund 20 Millionen Euro investiert werden. Was Hörl noch wichtig ist: „Eine durchgängige Oberleitung durch das Siedlungsgebiet wird im Tal abgelehnt.“

Mit der Bilanz aus dem Vorjahr sind Hörl und der nunmehrige Alleinvorstand Andreas Lackner zufrieden. Mit dem im Vorjahr abberufenen Ex-Vorstand Helmut Schreiner hat man sich außergerichtlich auf die Rückzahlung von 40.000 Euro an zu viel ausbezahlten Spesen geeinigt. Mit einem Überschuss von 45.000 Euro haben die Verkehrsbetriebe zum neunten Mal in Folge ein positives Ergebnis erzielt. (pn)



„Die Landesregierung muss endlich in die Gänge kommen, der Unmut im Zillertal ist nämlich massiv.“

Franz Hörl (Aufsichtsratsvorsitzender der ZillertalBahn)

Ladeinfrastruktur steht deshalb auf dem Prüfstand. Möglich wäre eine Oberleitung von Jenbach bis Fügen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der ZillertalBahn Franz Hörl drängt jedenfalls auf mehr Tempo. „Leider wurde auf dem Weg zur neuen ZillertalBahn viel wertvolle Zeit liegen gelassen. Wir haben Handlungsbedarf und müssen Gas geben“, verweist Hörl auf massiven Unmut im Zillertal. Er trauert zwar der Wasserstoffbahn nach, aber „jetzt ist eine pragmatische Lösung gefragt“. In den ursprünglich forcierten und vom Land bereits beschlossenen Umstieg auf Wasserstoff haben die Zillertaler Verkehrsbetriebe bereits 2,5 Mio. Euro investiert.

An einen Akkuantrieb für

Brenner-Autobahn in Südtirol ist an 159 Tagen einspurig

Mattle erteilt Verhandlungen über Nachtfahrverbot eine Abfuhr. Rolle Südtirols gibt Rätsel auf, Valean nicht mehr EU-Verkehrskommissarin.

Von Peter Nindler

Innsbruck, München – Der gemeinsame Auftritt von Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter und seinem Südtiroler Amtskollegen Christian Alfreider irritiert Tirol. Schließlich rügten beide die Informationspolitik über die bevorstehende Sanierung der Luegbrücke auf der Brennerautobahn. Der Verkehr muss dort ab 1. Jänner 2025 in beide Fahrtrichtungen – bis auf Ausnahmen an starken Reisewochenenden – einspurig geführt werden.

Bernreiter setzte jedoch noch eines drauf, indem er die in der Kufsteiner Erklärung vereinbarte Buchung von Zeitfenstern für den alpenquerenden Schwerverkehr auf den Autobahnen des Brennerkorridors (Slot-System) mit der Lockerung des Lkw-Nachtfahrverbots verknüpft hat. „Unsere gemeinsamen Pläne für das digitale Verkehrsmanagement in Form eines Slot-Systems können nur gelingen, wenn sich Tirol endlich beim Nachtfahrverbot bewegt. Im Sinne einer weiteren guten Zusammenarbeit fordere ich Tirol auf, hier endlich an den Verhandlungstisch zurückzukehren“, erklärte er.

Dass Alfreider das ebenfalls abgenickt hat, sorgt in Tirol für Kritik. Der Schwenk in der Südtiroler Verkehrspolitik wird allerdings auf die neue Koalition der dortigen Südtiroler Volkspartei mit den römischen Regierungsparteien Fratelli d'Italia und Lega zurückgeführt. Rom hat schließlich Klage gegen die Tiroler Transitbeschränkungen beim Europäischen Gerichtshof eingebracht. Jedenfalls gibt Südtirols „Nicht-Fisch-nicht-Fleisch“-Haltung derzeit Rätsel auf. Umso mehr, als Verkehrsbehinderungen auf der Südtiroler Seite der Brenner-



Im ersten Halbjahr rollten wieder 1,2 Millionen Lkw über den Brenner, im Vorjahr waren es 2,4 Millionen. Foto: Falk

autobahn mehr oder weniger seit Jahren an der Tagesordnung sind.

An nicht weniger als 159 Tagen war alleine 2022 der Grenztunnel am Brenner wegen Instandhaltungsmaßnahmen nur einspurig befahrbar. „Ich kann die Sorge

„Das Nachtfahrverbot bleibt. Die offensichtliche Nervosität der Frächter ändert daran nichts.“

Anton Mattle/ÖVP (Landeshauptmann)

in Deutschland und Italien nur teils nachvollziehen. Die Luegbrücke ist eine Herausforderung, aber keine unlösbare Situation. Am Brennerkorridor gibt es jedes Jahr umfangreiche Baustellen, der Aufschrei bei der Einspurigkeit auf dem italienischen Teil der Brennerautobahn ist bislang immer ausgeblieben. Diese Einschränkung ist also nichts Neues“, kontert deshalb Landeshauptmann Anton Mattle.

Trotzdem will Mattle den Autobahnbetreiber Asfinag anweisen, künftig die Partner in Bayern und Südtirol besser zu informieren. Den Forderungen nach einem Aus für das Nachtfahrverbot erteilt er erneut eine klare Absage. „Als Landeshauptmann lasse ich nicht zu, dass man den Menschen und der Umwelt entlang der Inntal- und Brennerautobahn mit der Abschaffung des Lkw-Nachtfahrverbots eine wichtige Erholungsphase in der Nacht nimmt.“ Es sei nämlich nachgewiesen, dass sich Luftschadstoffe in der Nacht viel stärker auswirken als bei Tag. Mattle führt außerdem die Lärmbelastung ins Treffen. „Die Antwort auf den vielen Verkehr, der neben Mensch und Natur mittlerweile auch die Infrastruktur massiv belastet, kann nicht noch mehr Verkehr sein.“

Das Nachtfahrverbot ist für Mattle unverrückbar, so wie die im April des Vorjahres unterzeichnete Kufsteiner Erklärung. „Die Tiroler Notmaßnahmen stehen nicht zur

Diskussion. Die Regionen bieten den Nationalstaaten und der EU-Kommission mit dem intelligenten Verkehrsmanagement einen Ausweg aus dem Transit-Dauerstreit.“ Die offensichtliche Nervosität der Frächter habe daran nichts geändert. Abschließend klingt Mattle versöhnlich. Er wisse, sagt er, „dass unsere Partner in Bayern und Südtirol weiterhin alles daran setzen, ihre Regierungen in Berlin und Rom von den Vorteilen des von ihnen maßgeblich ausgearbeiteten Slot-Systems zu überzeugen. Tirol hat seine Hausaufgaben bereits gemacht und die Bundesregierung in Wien als Unterstützer gewonnen.“

Neuer Gesprächspartner

In der EU hat Tirol übrigens ab heute einen neuen Gesprächspartner in der Verkehrspolitik. Die nicht gerade als tirolfreundlich geltende Adina Valean wechselt ins Europäische Parlament, der Kommissar für Klimapolitik Wopke Hoekstra übernimmt vorläufig die Verkehrsagenden.

Politik in Kürze

Freizeitwohnsitze: Geisler will Strafen anheben

Die Tiroler Freiheitlichen sind unzufrieden mit der Finanzpolitik des Landes. An das von Finanzreferent und Landeshauptmann **Anton Mattle** (VP) ausgegebene Ziel, ab 2026 wieder ausgeglichen zu bilanzieren, glaube in der größten Oppositionspartei FPÖ niemand, sagt FPÖ-Landtagsabgeordneter **Daniel Marschik**. „Dass die Regierung bereits jetzt die falschen Entscheidungen trifft, ist bekannt und kostet den Steuerzahler Unsummen.“ Der freiheitliche Finanzsprecher verweist auf den geplanten MCI-Neubau mit 250 Millionen Euro, den aus seiner Sicht überdimensionierten Umbau des Ferdinandeums für 60 Millionen Euro oder auf



Geisler kann sich eine Verdoppelung der Höchststrafen bei Umgehungen des Freizeitwohnsitzverbots durchaus vorstellen. Foto: Falk

das „Missmanagement“ in der Flüchtlingspolitik.

Wer eine Immobilie als Freizeitwohnsitz nützt, soll künftig höhere Strafen bezahlen.

Bekanntlich schlägt der Verfassungsdienst des Landes eine Verdoppelung der Höchststrafen von 40.000 auf 80.000 Euro vor. Gegen Mindeststrafen, wie sie von der Liste Fritz gefor-

dert werden, hegen die Juristen des Landes hingegen massive Bedenken. Wird jetzt eine Erhöhung erfolgen? Der zuständige Landeshauptmannstellvertreter und Raumordnungsreferent **Josef Geisler** (ÖVP) spricht sich jedenfalls dafür aus. „Weil wir seit 20 Jahren die Strafhöhe nicht angepasst haben.“ Ob es 60.000 oder letztlich 80.000 Euro werden – darauf will sich Geisler noch nicht festlegen.

Der neue ÖVP-Landeshauptmannstellvertreterin **Florian Klotz** erhält jetzt auch eine neue Stellvertreterin. Margreth Falkner kandidiert schließlich für den Nationalrat, ihre Funktion wird die Absamerin **Theresa Menghin** übernehmen. (pn)